

## KOLUMNE ZUR ÖKUMENISCHEN SOZIALINITIATIVE (IX)

Die Deutsche Bischofskonferenz und der Rat der EKD haben 2014 den Impulstext „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ vorgelegt. Ziel dieser Ökumenischen Sozialinitiative ist es, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung anzustoßen. Im Zuge dieser Diskussion befassen sich die Wirtschaftskolumnen derzeit mit den zehn Kapiteln der Sozialinitiative und setzen sich jeweils mit einer der Thesen dieser Sozialinitiative auseinander. Im Internet besteht auf der Seite [www.sozialinitiative-kirchen.de](http://www.sozialinitiative-kirchen.de) zudem die Möglichkeit, selbst Kommentare zur Sozialinitiative zu verfassen. Außerdem kann dort Einblick in den Text der jeweiligen These genommen werden. Die folgende Kolumne befasst sich mit These IX des Solidaritätspapiers „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“.

## Bildung ist mehr als Sozialpolitik

VON AXEL BERND KUNZE

Bildung bereitet auf eine unbekanntere Zukunft vor. Wie diese aussehen wird, hängt davon ab, wie die Möglichkeiten der Freiheit mit Leben gefüllt werden. Es geht um mehr als kurzfristige, passgenaue, an aktuellen Marktveränderungen ausgerichtete Qualifizierung durch lebenslanges Lernen. Eine durch Bildung substantiell bestimmte Lebensform führt dazu, dass der Einzelne sein Leben aktiv gestalten, sich einen fachlichen Selbststand und ein damit verbundenes berufliches Selbstbewusstsein erarbeiten kann. Er soll fähig werden, selbst zu erkennen, wo er gefordert ist, nach kreativen Lösungen zu suchen.



Axel Bernd Kunze.

Foto: priv.

Keine sozialetische Stellungnahme kommt heute ohne Bezug auf Bildung aus. Einmal mehr wird diese in der Ökumenischen Sozialinitiative als Teil vorsorgender Sozialpolitik begriffen. Das gutgemeinte Anliegen verkehrt sich leicht in eine Rhetorik der Anpassung: Bildung soll auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren, das Gesundheitssystem entlasten und den demographischen Wandel abfedern. Auch in der Bildungsethik geht es um gemischte Urteile. Ob normative Forderungen gerechtfertigt sind, bleibt abhängig von pädagogischen und erziehungswissenschaftlichen Erkenntnissen. Dabei sind die Folgen bildungspolitischer

Maßnahmen oft weniger klar, als empirische Studien suggerieren. Messen lassen sich Lernfortschritte oder Übungseffekte. Bildung kann gefördert, nicht aber vermessen werden. Sie ist Beziehungsarbeit.

Auch in diesem Fall fällt es sozial-ethisch schwer, den genuin pädagogischen Charakter des Themas zu treffen. Bildung zielt zuallererst auf Freiheit im Denken und Handeln – nicht als Karrierevorteil oder soziale Absicherung (das mag sie auch sein, aber sekundär), sondern als Ausdruck einer humanen Haltung, die dem Einzelnen Großes zutraut und davon überzeugt ist, dass nur so dem Gemeinwesen am besten gedient ist. Dieses Potenzial geht verloren, wenn Bildung auf ein Instrument wirtschafts- oder sozialpolitischer Steuerung reduziert wird. Gute Bildungspolitik wird sich auch ökonomisch und sozialstaatlich auszahlen, doch geht es dabei um nachgeordnete Bildungszwecke. Befähigung zur Freiheit ist nur in Freiheit möglich. Politik kann hierfür den Rahmen setzen und Anreize schaffen, dass der Einzelne seine Potenziale im Bildungsprozess bestmöglich entfaltet. Die Kultivierung menschlicher Freiheit lässt sich aber nicht durch Lern- oder Sozialprogramme beliebig steuern.

Vorsicht ist geboten vor einer Verzweckung der Familie, wie sie auch in der Sozialinitiative durchscheint. Wird diese vornehmlich als Dienstleister für Wirtschaft oder Sozialstaat gesehen, gerät aus dem Blick, was für die Familie charakteristisch ist und was nicht einfach durch öffentliche Erziehung ersetzt werden kann. Zu Recht weist das Papier darauf hin, dass Familie der erste Bildungsort ist. Hier soll der Einzelne emotionale Sicherheit, Individualität und Selbstbewusstsein gewinnen.

Vorgeschlagen wird eine Umschichtung der Bildungsausgaben: Die Frühbildung soll verstärkt gefördert werden. Zwischen Bildungs- und Betreuungsleistungen wird nicht sauber unterschieden; letztere obliegen der individuellen Leistungsfähigkeit, soll der Sozialstaat nicht überfordert werden. Frühe Bildung ist wichtig, dies darf aber nicht den Blick auf die Bedeutung guter Schulen und Hochschulen für Persönlichkeitsentwicklung und die Entfaltung von Interessen verstellen.

Wer öffentlich gehört werden will, muss zuspitzen. Doch sollte bei aller berechtigten sozialetischen Kritik das rechte Maß gewahrt bleiben. Wenn suggeriert wird, Bildungspolitik fördere zu stark die Spitze, wirke aber zu wenig in die Breite, überzeugt die aufgebaute Frontstellung angesichts politisch forcierter Massenakademisierung bei gleichzeitig notorisch unterfinanzierten Hochschulen nicht. Unklar bleibt, wo das Bildungssystem durchlässiger werden soll. Schon heute bietet das deutsche System unzählige Anschlussmöglichkeiten. So wird der Hochschulzugang, neuerdings sogar der Bachelor, immer häufiger über das berufliche Schulwesen erworben.

Es braucht zielgenaue Förderangebote genauso wie die Förderung herausragender Bildungsleistungen. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Recht auf Persönlichkeitsentfaltung kann nicht kollektiv verrechnet werden.

Der Verfasser, habilitierter Erziehungswissenschaftler und promovierter Sozialetiker, ist stv. Schulleiter einer Fachschule für Sozialpädagogik.